

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

14. September 2015

### Afghanistan

#### Sicherheitslage

Die Lage ist unverändert. Erneut kam es zu gezielten Übergriffen auf Vertreter der Regierung sowie zu Kämpfen zwischen Aufständischen und Sicherheitskräften.

#### Kampfhandlungen

Am 08.09.15 wurden in der südöstlichen Provinz Paktia mindestens sechs Grenzpolizisten bei einem Angriff Aufständischer getötet. Bei einer mehrtägigen Militäroperation mit Luftangriffen in Paktika starben vom 08. bis 11.09.15 zahlreiche Aufständische und mindestens sechs afghanische Sicherheitskräfte.

Am 11.09.15 brachten die Taliban Teile des Distrikts Raghestan der nordöstlichen Provinz Badakhshan unter ihre Kontrolle. Der Distrikt ist gegenwärtig heftig umkämpft.

Am 12.09.15 starben in Baghlan (Nordosten) bei der Eroberung eines Militärpostens durch Taliban mindestens vier afghanische Soldaten.

Im Distrikt Khak-i-Safed der westlichen Provinz Farah führten fünf Tage andauernde Kämpfe zur Vertreibung von Hunderten Familien.

Am 14.09.15 stürmten Taliban ein Gefängnis in Ghazni (Südosten) und befreiten über 430 Gefangene. Weitere Kämpfe und Luftangriffe gab es in der Provinz Kunar, Nuristan (Osten), Ghazni, Khost (Südosten), Kandahar und Nimroz (Süden).

#### Gezielte Angriffe

Am 08.09.15 starb ein Polizist in Kabul nach der Explosion einer an seinem Fahrzeug angebrachten Bombe. In der Provinz Uruzgan (Süden) wurde am 09.09.15 ein Distriktschef von Taliban erschossen. Am gleichen Tag starben zwei afghanische Soldaten im Distrikt Kalakan der Provinz Kabul bei der Explosion einer ferngezündeten Bombe. Am 10.09.15 wurde der Chef der Afghan Local Police (ALP) der zentralen Provinz Logar in Kabul von Unbekannten erschossen. In der Provinz Ghazni (Südosten) wurden am gleichen Tag mindestens fünf Polizisten bei einem Bombenanschlag getötet und in der Provinz Logar (Zentrum) starben zwei Schulkinder bei der Explosion einer an einer Straße versteckten Bombe. Am 11.09.15 wurden ein regierungsfreundlicher Geistlicher während des Gottesdienstes in Khost (Südosten) von Unbekannten erschossen und mindestens zwei Polizisten bei einem weiteren Bombenanschlag in Ghazni getötet. Am 12.09.15 wurden vier Staatsbedienstete in der Provinz Jawzjan (Norden) entführt. Am gleichen Tag scheiterte ein Selbstmordanschlag auf einen Abgeordneten im Distrikt Qarabagh der Provinz Kabul.

#### Interne Auseinandersetzungen

Am 08.09.15 stürmten Taliban ein Dorf in der Provinz Nangarhar (Osten) und nahmen bei ihrer Suche nach Anhängern des IS mehrere Zivilisten gefangen. In der Provinz soll der IS 127 Menschen an drei Orten gefangen halten. Am 10.09.15 wurde der Taliban-Schattengouverneur des Distrikts Dawlina in der westlichen Provinz Ghor von seinem eigenen Bodyguard ermordet.

#### Steinigung von Ehebrechern

Am 12.09.15 wurde im Distrikt Suzma Kala der nördlichen Provinz Sar-i-Pul ein Paar wegen angeblichen Ehebruchs von Taliban öffentlich gesteinigt.

## **Irak**

### **Entführung von Kindern in Mosul**

Nach Angaben des Mediensprechers der Kurdischen Demokratischen Partei in Mosul vom 07.09.15 hat der IS 127 Kinder im Alter zwischen elf und 15 Jahren entführt. Sie seien in ein Sonderlager gebracht worden, um sie für den Einsatz von Waffen und die Durchführung von Terroroperationen auszubilden.

### **Stellvertretender Justizminister entführt**

Laut Pressemeldung vom 08.09.15 wurde im Osten Bagdads, im Stadtteil Binook, der stellvertretende Justizminister Abd al-Karim Faris (Schiit) von Unbekannten entführt. Er ist zuständig für Verwaltungs- und Finanzangelegenheiten. Bisher sind sowohl die Hintermänner als auch das Motiv der Tat unklar.

### **Peshmerga erobern mehrere Dörfer zurück**

Einer dpa-Meldung vom 11.09.15 zufolge haben Peshmerga-Kämpfer südlich der Stadt Kirkuk mehrere Dörfer vom IS zurückerobert. Die Peshmerga hätten rund um den Ort Daquq den IS in insgesamt 13 Dörfern angegriffen. Sie seien von der internationalen Koalition mit Luftangriffen unterstützt worden. In der Region leben viele Angehörige der turkmenischen Minderheit.

## **Syrien**

### **Neue russische Militärbasis in der Nähe von Lattakia?**

Russland will angeblich eine neue Militärbasis in der Nähe von Lattakia aufbauen. Allein im September sollen bisher 25 Antonow-Transportmaschinen vom Typ AN-124 in Jableh, einer Küstenstadt ca. 25 Kilometer entfernt von der Hafenstadt Lattakia, gelandet sein. Zusätzlich legten mehrere Schiffe mit Militärmaterial dort an. Es wird vermutet, dass im Rahmen der Operation Syrien dort eine russische Militärbasis mit 1.000 russischen Soldaten entstehen soll, die bis zum 28.09.15 fertig sein soll.

### **Kämpfe in Syrien gehen weiter**

Die Kämpfe gehen unverändert weiter. In der Nähe der nordsyrischen Stadt Kobane lieferten sich z.B. Kämpfer des IS am 13.09.15 Gefechte mit kurdischen Einheiten und östlich von Damaskus flog die syrische Luftwaffe Angriffe auf Rebellen.

## **Türkei**

### **Kurdenkonflikt**

Am 13.09.15 kamen nach Angaben von Sicherheitskräften zwei Polizisten ums Leben und fünf wurden verletzt, als eine Autobombe in der Nähe ihres Postens in der Provinz Sirnak detonierte. Ein weiterer Polizist wurde bei einem PKK-Angriff in Silvan getötet. Als Gegenreaktion griffen türkische Sicherheitskräfte eine Bergregion an, in die sich PKK-Kämpfer zurückgezogen haben sollen, dabei seien mehrere Aufständische getötet worden. Dem Anschlag waren heftige Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften in der Provinzhauptstadt Diyarbakir vorausgegangen.

Auch in der Stadt Cizre im Südosten spitzte sich vergangene Woche der Konflikt weiter zu. Seit die türkischen Behörden am 04.09.15 eine Ausgangssperre verhängten, sollen bei Kämpfen zwischen der PKK und Sicherheitskräften bis zu 32 militante Kurden und ein Zivilist getötet worden sein. Aus Protest gegen die Ausgangssperre starteten Abgeordnete der prokurdischen Partei HDP (Partei der Demokratischen Völker) am 09.09.15 einen Fußmarsch nach Cizre und wurden von Sicherheitskräften vor der Stadt gestoppt. Die Ausgangssperre wurde am 12.09.15 vorübergehend für 36 Stunden ausgesetzt. Die HDP-Bürgermeisterin von Cizre wurde wegen des Vorwurfs der PKK-Propaganda ihres Amtes enthoben.

In zahlreichen türkischen Städten kam es seit 06.09.15 zu Übergriffen durch türkische Nationalisten auf Einrichtungen der HDP. So sollen nach Medienberichten über 400 Büros und Einrichtungen der HDP angegriffen und teilweise in Brand gesteckt worden sein. Die Angreifer warfen der HDP Nähe zur PKK vor und bezeichneten sie als deren politischen Arm. Nachdem in vielen Städten auch Busse aus vorwiegend kurdischen Provinzen mit Steinen beworfen und deren Insassen tätlich angegriffen wurden, wurde der Busverkehr in den

Südosten zunächst eingestellt. Am 09.09.15 kam es zu zahlreichen Festnahmen im Zusammenhang mit den Übergriffen.

Am 08.09.15 drangen zudem zwei Bataillone einer türkischen Spezialeinheit in den Nordirak vor, um zwei PKK-Gruppen in dem bergigen Gebiet zu verfolgen; sie wurden dabei von Kampffjets unterstützt. Die Türkei setzte auch ihre Luftangriffe gegen die PKK im Nordirak unvermindert fort.

## **Iran**

### **Zur Situation der iranischen Juden**

Etwa 10.000 Iraner jüdischen Glaubens leben derzeit als verfassungsrechtlich anerkannte Minderheit in Iran. Sie sind geschützt, aber – wie z.B. die iranischen Christen – als Nichtmuslime keine gleichberechtigten Bürger. So sind ihnen hohe Posten in Politik und Verwaltung verwehrt. Als der Staat Israel 1948 gegründet wurde, lebten in Iran ca. 100.000 Juden; zur Zeit der Revolution 1979 waren es noch 80.000. Nach und nach zogen viele wohlhabende Säkulare in die USA, fromme Arme nach Israel. Die jetzt noch in Iran lebenden Juden wollen bleiben. Es gibt staatliche Hilfen beim Unterhalt der Synagogen, Bibliotheken und koscheren Restaurants. Als anerkannte religiöse Minderheit haben sie einen festen Sitz im Majlis (Parlament). Wenn Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu Iran im Streit um den Nuklearvertrag unterstellt, „einen weiteren Holocaust“ anzustreben, antworten die Repräsentanten der iranischen Juden mit Patriotismus.

### **Präsident Rohani gratuliert zum jüdischen Neujahrsfest**

Während die Oberste Führung Irans regelmäßig die Existenzberechtigung Israels in Frage stellt, hat Präsident Hassan Rohani dagegen am 13.09.15 auf Twitter zum jüdischen Neujahrsfest, Rosh HaShanah („Anfang des Jahres“) Glückwünsche übermittelt. Rohani bezog sich auf die Gemeinsamkeiten von Juden und Muslimen, die sich beide in ihrem Glauben auf biblische Quellen berufen.

### **Reporter ohne Grenzen (ROG) verurteilen Zensur**

ROG kritisieren Irans zunehmende Zensur von Internetanwendungen für mobile Endgeräte. Seit dem 29.08.15 wird die verschlüsselte Messaging-App Telegram in Teheran und mehreren anderen iranischen Großstädten stark gestört. Zugleich hat Revolutionsführer Ayatollah Seyyed Ali Khamenei in der letzten Woche erneut das Ziel eines nationalen Internets (Halal Internet) bekräftigt und den Obersten Rat für den Cyberspace deutlich in seinen Befugnissen zur Überwachung und Kontrolle des Internets gestärkt. Iran betreibt eines der weltweit ausgefeiltesten Systeme der Internetzensur und -überwachung. In Zeiten von Unruhen und Demonstrationen werden regelmäßig Internetseiten gesperrt oder der gesamte Internetverkehr - bei Bedarf auch das Mobilfunknetz - gedrosselt. Wegen ihrer journalistischen Arbeit sind in Iran derzeit mindestens zehn Journalisten und 23 Blogger inhaftiert. Auf der Rangliste der Pressefreiheit steht die Islamische Republik auf Platz 173 von 180 Ländern.

## **Jemen**

### **Anzeichen auf Bodenoffensive der saudischen Militärkoalition**

Im Jemen verdichten sich die Hinweise auf eine großräumige Bodenoffensive des von Saudi-Arabien geführten Militärbündnisses gegen die Houthi-Rebellen. Es befürchtet einen zunehmenden Einfluss Irans in der Region. Die saudisch-arabische Militärallianz im Krieg gegen die schiitischen Houthi-Rebellen im Jemen hat ihre Luftangriffe auf die Hauptstadt Sanaa weiter intensiviert. Augenzeugen beschrieben die Bombardements in der Nacht zum 10.09.15 als die heftigsten seit Beginn des Bürgerkrieges. Möglicherweise bereitet das von Saudi-Arabien angeführte Bündnis einen Großangriff auf die Stadt vor.

Soldaten des Bündnisses rückten nach Augenzeugenberichten am 08.09.15 auf umkämpfte Gebiete im Süden der Provinz Mareb vor. Unterstützt werden sie durch Teile der jemenitischen Armee und örtlichen Milizen. Nach Angaben der UN wurden in dem Konflikt seit März 4.500 Menschen getötet, darunter hunderte Kinder. Die UN warnt, der Jemen stehe kurz vor einer Hungersnot.

## Ägypten

### **Touristen erschossen**

Ägyptische Polizisten erschossen am 13.09.15 bei der Verfolgung islamistischer Extremisten in Wahat im Westen des Landes versehentlich zwölf Touristen und ihren ägyptischen Begleiter. Bei den Touristen soll es sich um mexikanische Staatsangehörige handeln.

## Somalia

### **Sicherheitslage in Zentral- und Südsomalia**

Die al-Shabaab eroberte nach Angaben des örtlichen Gouverneurs am 05.09.15 in der Region Lower Shabelle die Ortschaften El Saliindi (ca. 40 km südlich von Mogadischu an der Straße nach Marka) und Kuntuwa (an der Straße von Mogadischu nach Barawe). In der Ortschaft Qoryooley (Lower Shabelle) schlugen Einheiten von AMISOM und somalischer Armee einen Angriff der al-Shabaab zurück. Am 09.09.15 berichtete die von al-Shabaab betriebene Radiostation Andalus, al-Shabaab-Kämpfer hätten bei dem Überfall auf einen Stützpunkt der AMISOM im Distrikt Janale am 01.09.15 (vgl. BN vom 07.09.15) mehrere ugandische AMISOM-Soldaten als Geiseln genommen. Uganda bestritt die Geiselnahmen. Am 09.09.15 verkündete Radio Andalus, die Islamisten hätten die Ortschaft Bulo Marer (Region Lower Shabelle) eingenommen.

In der zentralsomalischen Stadt Abudwak (Region Galguduud) kamen am 15. und 16.09.15 bei Gefechten zwischen Einheiten der Übergangsregierung von Galmudug und Kämpfern der gemäßigt-islamistischen Miliz Ahlu Sunna wal-Jamaa (ASWJ) etwa ein Dutzend Islamisten ums Leben. Die Übergangsregierung soll die Kontrolle über Abudwak übernommen haben. Die Regierung in Mogadischu verurteilte die bewaffneten Auseinandersetzungen und bezeichnete sie als sinnlose Gewalt. Galmudug umfasst Teile der Regionen Mudug und Galguduud. Die örtliche Regierung bemüht sich seit Jahren bei der somalischen Regierung um die Anerkennung als autonomer Bundesstaat. In Abudwak befindet sich das Hauptquartier der gegen die al-Shabaab kämpfenden ASWJ.

### **Amtseinführung von Präsident „Madobe“ in Kismayo**

Am 10.09.15 wurde Sheikh Ahmed Islam „Madobe“, ein ehemaliger Warlord, als Präsident der autonomen Übergangsregierung von Jubaland (Interim Jubba Administration - IJA) in sein Amt eingeführt. Jubaland umfasst die Regionen Gedo, Middle Juba und Lower Juba. Nicholas Kay, der Sondergesandte des Generalsekretärs der UN für Somalia nahm an der Zeremonie in Kismayo ebenso teil wie Somalias Präsident Hassan Sheikh Mohamud, Vertreter der Nachbarstaaten Kenias und Äthiopiens sowie der Regionalorganisation Intergovernmental Authority on Development (IGAD).

## Guinea-Bissau

### **Verfassungsgericht setzt Regierung ab**

Die durch Präsident Jose Mario Vaz am 07.09.15 erfolgte Ernennung einer neuen Regierung mit Baciro Djá als Premierminister wurde am 09.09.15 durch das Verfassungsgericht in Guinea-Bissau für illegal erklärt. Präsident Jose Mario Vaz hatte bei der Bildung der neuen Regierung seine eigene Partei, die PAIGC, übergangen und ist ein Bündnis mit der oppositionellen Sozialen Erneuerungspartei (PRS) eingegangen. Die Verfassung Guinea-Bissaus sieht ein semi-präsidentielles Regierungssystem vor, wonach der Präsident vor Ernennung der Regierung die Führung der Mehrheitspartei im Parlament konsultieren muss.

## Ghana

### **Korruption in der Justiz aufgedeckt**

Einem Medienbericht vom 08.09.15 zufolge dokumentierte ein Journalist in den vergangenen zwei Jahren mit Bild- und Tonaufnahmen, wie insgesamt mehr als 180 Richter und andere Bedienstete der Justiz heimlich von Prozessierenden Geld forderten und Bestechungsgelder annahmen. Bereits am 09.09.15 wurden aufgrund der Vorwürfe 22 Richter vom Dienst suspendiert.

Korruption ist ein Problem in dem als subsaharisches Musterland in Sachen Demokratie geltenden Land. Im Korruptionswahrnehmungsindex 2014 von Transparency International belegt Ghana Rang 61 von 174.

## **Burundi**

### **Oppositioneller getötet**

Unbekannte erschossen in Bujumbura am 07.09.15 Patrice Gahungu, den Sprecher der Oppositionspartei Union für Frieden und Entwicklung (UPD-Zigamibanga). Parteichef Zedi Feruzi war am 23.05.15 von Unbekannten in Bujumbura erschossen worden.

### **Armeechef überlebt Mordanschlag**

Armeechef General Prime Niyongabo überlebte am 11.09.15 einen Mordanschlag in Bujumbura unverletzt. Vier Leibwächter, eine Polizistin sowie zwei Attentäter wurden getötet, ein weiterer wurde festgenommen. Die Angreifer trugen Militäruniformen und fuhren ein Militärfahrzeug.

## **Kamerun**

### **Tote bei Selbstmordanschlägen**

Am 13.09.15 wurden bei zwei Bombenanschlägen in der an der Grenze zu Nigeria gelegenen Stadt Kolofata mindestens neun Menschen getötet. Die der Boko Haram zugeschriebenen Anschläge ereigneten sich in der Nähe eines Brunnens und einer Kirche.

## **Nigeria**

### **Lager der Boko Haram zerstört**

Am 09.09.15 gab der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Rabe Abubakar, bekannt, dass alle bekannten Lager und Zellen der Terrororganisation Boko Haram im Nordosten des Landes zerstört wurden. Die Gruppe sei militärisch so geschwächt, dass sie nicht mehr in der Lage sei, nigerianisches Territorium besetzt zu halten.

### **Erstmals Bombenanschlag in einem Flüchtlingslager**

Am 11.09.15 explodierte in einem Zelt in dem nahe der Stadt Yola (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Adamawa) gelegenen Lager Malkohi ein Sprengsatz. Hierbei wurden sieben Menschen getötet und etwa 20 verletzt. Der erstmals in einem Flüchtlingslager erfolgte Bombenanschlag wird der Terrororganisation Boko Haram zugeschrieben.

Am gleichen Tag wurde von einer Selbstmordattentäterin in der Stadt Madagali, Verwaltungssitz der gleichnamigen Local Government Area, an einem Busbahnhof ein Sprengsatz gezündet. Fünf Menschen starben.

## **Serbien**

### **Anklage wegen des Srebrenica-Massakers**

Serbiens Sonderstaatsanwaltschaft klagte am 10.09.15 acht Personen wegen des Massakers von Srebrenica an. Es handelt sich dabei um ehemalige Angehörige einer Sonderpolizeieinheit mit Sitz am bosnischen Jahorina-Berg bei Sarajevo, die landesweit im März 2015 festgenommen worden waren. Nach der Einnahme von Srebrenica im Juli 1995 wurden von bosnisch-serbischen Truppen etwa 8.000 Personen ermordet.

### **Flüchtlinge an serbisch-ungarischer Grenze**

Am Wochenende (12./13.09.15) sollen mehr als 20.000 Menschen über die serbische Grenze nach Ungarn gekommen sein. Angesichts der nahezu vollständigen Errichtung eines meterhohen Grenzzaunes an der ungarisch-serbischen Grenze (s. BN vom 24.08.15) und strengerer Gesetze gegen Flüchtlinge wird auch am 14.09.15 mit einem hohen Flüchtlingsaufkommen gerechnet. Am 15.09.15 sollen in Ungarn Notstandsgesetze in Kraft treten. Danach können nur noch an wenigen Grenzübergängen Asylanträge gestellt werden, auch

gilt illegaler Grenzübertritt in Ungarn dann als Straftat und nicht mehr als Ordnungswidrigkeit. Serbien befürchtet eine hohe Anzahl abgeschobener Migranten aus Ungarn.

## **EJR Mazedonien**

### **Opposition beendet Parlamentsboykott**

Nach einem 15-monatigen Boykott hat die Opposition ihre Arbeit im Parlament wieder aufgenommen. Die Wiederaufnahme der Parlamentsarbeit ist Teil eines von der EU vermittelten Kompromisses zwischen der Opposition und der nationalkonservativen Regierung von Nikola Gruevski (vgl. BN v. 26.05.15). Als nächster Schritt soll bis Mitte September ein unabhängiger Staatsanwalt ernannt werden, der die schweren Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung untersucht. Ende des Jahres soll dann die Regierung zurücktreten und den Weg freimachen für vorzeitige Parlamentswahlen im April 2016.

### **Hintergrund**

Die innenpolitische Lage ist seit Jahren vom Gegensatz zwischen der stärksten ethnisch-mazedonischen Partei, der rechtskonservativen VMRO/DPMNE und der sozialistische Partei SDSM geprägt. Die Opposition, die seit April 2014 wegen behaupteter Wahlfälschungen das Parlament boykottierte, veröffentlichte illegale Telefonmitschnitte, womit die tiefe Verstrickung der Regierung in Korruption und Kriminalität bewiesen werden sollte. Es kam verstärkt zu teils gewaltsamen Protesten gegen die Regierung. Nach den Vorkommnissen in Kumanovo im Mai 2015, wo es zu heftigen Gefechten zwischen Sicherheitskräften und einer Gruppe von bewaffneten Albanern mit mehreren Toten und Verletzten gekommen war, spitzte sich die Lage zu, mehrere Minister traten zurück. Nur unter EU-Vermittlung gelang eine Einigung zwischen Regierung und Opposition auf vorgezogene Parlamentswahlen im April 2016.

### **Mazedonien erwägt Grenzzaun**

Laut Angaben des mazedonischen Außenministers Poposki vom 10.09.15 wird zur Eindämmung des Zustroms von Flüchtlingen erwogen, die Landesgrenze mit einem Zaun und/oder Soldaten zu sichern.

## **Russische Föderation**

### **Sicherheitslage im Nordkaukasus**

Wie bereits in den vergangenen Jahren sind auch im Jahr 2014 die Opferzahlen im Nordkaukasus weiter zurückgegangen. Nach Informationen der russischen Internetzeitung Caucasian Knot wurden bei Kämpfen und Anschlägen mindestens 341 Personen (2013: 529; 2012: 700) getötet. Auch wenn in Dagestan ebenfalls ein deutlicher Rückgang der Opferzahlen zu verzeichnen war, bleibt diese Nordkaukasus-Republik mit 208 Anschlagsoffern im Jahr 2014 (2013: 341) ein Schwerpunkt der Gewalt.

Der Rückgang der Todesopfer hält auch im Jahr 2015 an. Nach Erkenntnissen von Radio Free Europe/Radio Liberty wurden in der Region Nordkaukasus im 1. Halbjahr 77 Menschen - davon 52 in Dagestan - getötet, so dass bis Ende des Jahres mit weniger als 200 Todesopfern zu rechnen sein dürfte. Ursache für den erheblichen Rückgang der Anzahl der Kämpfe und getöteten Personen dürfte sein, dass sich vermehrt Kämpfer aus dem Nordkaukasus der Terrormiliz IS in Syrien bzw. im Irak angeschlossen haben.

## **Thailand/Malaysia**

### **Weitere Verdächtige festgenommen**

Drei Wochen nach dem Anschlag am Erawan-Schrein in Bangkok soll offiziellen thailändischen Angaben zufolge einer von zwei festgenommenen Verdächtigen gestanden haben, den Rucksack mit der Bombe an einen Mann namens Yusufu Mieraili übergeben zu haben. Mieraili sei bei seiner Festnahme im Besitz eines chinesischen Passes mit Geburtsort Xinjiang gewesen. In dieser Region lebt die Minderheit der Uiguren. Die malaysische Polizei nahm im Zusammenhang mit den Ermittlungen des tödlichen Bombenschlags Medienberichten zufolge im August einen Pakistaner sowie zwei malaysische Staatsangehörige fest.